

blick nach

rechts

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum
berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
fon | fax: 030 . 611 62 49
mail@apabiz.de | www.apabiz.de

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 17, 22. August 2002

Einblicke

Freibrief

Von Tomas Sager

Wunsiedel dürfe nicht der Ort bleiben, der in einschlägigen Kreisen Rudolf-Heß-Stadt genannt werde, hatte Charlotte Knobloch gewarnt. Nicht überall mochte man die Warnung der Vizepräsidentin des Zentralrats der Juden hören. So kam, was kommen musste. 2500 Neo- und einige Altnazis zogen am Wochenende durch die Stadt im Fichtelgebirge, um Rudolf Heß zu „gedenken“.

Sie werden es nach Lage der Dinge auch in den nächsten Jahren tun – dann wiederum mit noch mehr Teilnehmern. Sie lassen Heß hochleben in der Stadt, in der er begraben liegt. Sie fälschen Geschichte, machen aus dem Hitler-Stellvertreter, der bis zu seinem England-Flug alles abzeichnete, was sein „Führer“ ihm vorlegte, einen „Märtyrer des Friedens“. Sie idealisieren aus einem Nazi-Verbrecher ein Opfer der Alliierten. Und – am allerschlimmsten – sie ködern mit solchen, aus ihrer Sicht erfolgreichen Aufmärschen Nachwuchs für die braune Szene.

Ein Jahrzehnt lang hatten sie dies nicht tun können. Veranstaltungen wie die in Wunsiedel waren bis 2001 verboten. Doch die Richter des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs machten ihnen den Weg frei. Die Demonstration als solche stelle noch keine strafbare Verherrlichung des Nationalsozialismus dar, finden sie. Genau um eine solche Glorifizierung geht es jedoch denen, die zum Heß-Todestag ihr Fußvolk aufmarschieren lassen. Heß ist für sie die Identifikationsfigur, die Rechtsextreme über alle Grenzen der Szene hinweg auf die Straße bringt. „Nun darf für die bekannteste Symbolfigur des Nationalsozialismus nach Adolf Hitler demonstriert werden“, jubelten sie schon vor einem Jahr.

Der vor zwei Jahren proklamierte „Aufstand der Anständigen“ mag vorüber sein. Geschichtslosigkeit und politische Blindheit sollte man freilich auch jetzt den Männern in ihren roten Roben nicht durchgehen lassen.

Tomas Sager ist Journalist und lebt im Ruhrgebiet

V-Männer und Pannen

Wiederholt haben sich Spitzel der Verfassungsschützer im neonazistischen Milieu an Straftaten beteiligt.

Seite 2 ■

Rechtsextreme U-Boote

Bekannte NPD-Funktionäre in Schleswig-Holstein waren in die Schill-Partei eingetreten, um ihr zu schaden.

Seite 3 ■

Aus für „Opposition“

Der extrem rechte VGB-Verlag hat zwei Zeitschriften aus seinem Hause zusammengelegt.

Seite 4 ■

Strategisches Rüstzeug

Die US-amerikanische Organisation National Alliance ist maßgeblich im neonazistischen Musikgeschäft aktiv.

Seite 6 ■

Politik-Neulinge

Bei der an der niederländischen Regierung beteiligten rechtspopulistischen LPF bröckelt erheblich die Personaldecke.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Trau, schau, wem**

VS-Spitzel im neonazistischen Milieu sind immer wieder auch an Straftaten beteiligt. Sinnvoll scheint eine bessere Kontrolle von brisanten V-Mann-Einsätzen durch die Politik.

Die Verfassungsschützer und Innenminister sind unter Druck geraten: V-Mann-Krise im NPD-Verbotsverfahren, V-Mann-Affäre in Berlin-Brandenburg, V-Mann-Verdacht im Prozess in Dresden gegen die Anführer der Skinheads Sächsische Schweiz. Und es droht noch mehr Ärger. Sollte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu der Auffassung gelangen, die von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat gestellten Verbotsanträge gegen die NPD seien nicht verhandelbar, weil das Treiben der zahlreichen Spitzel in der Partei unklar bleibt, hätte die Demokratie eine empfindliche Niederlage erlitten.

In allen V-Mann-Fällen ist zu erkennen, dass die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern Risiken in Kauf nehmen, wenn sie an die Effektivität ihrer Szene-Informanten glauben. Da wurden im NPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen mit Udo Holtmann und Wolfgang Frenz der Chef und ein Stellvertreter als V-Mann geführt – obwohl sich der Verfassungsschutz dem Verdacht aussetzte, er steuere die Extremistenpartei. Der Brandenburger Verfassungsschutz stellte seinem V-Mann Toni S. vor einer polizeilichen Untersuchung eine neue „jungfräuliche“ Computeranlage zur Verfügung, weil der Schützling strafrechtlich nicht auffallen sollte. Toni S. sitzt derzeit in Berlin in Untersuchungshaft. Die Berliner Polizei hatte ihn Ende Juli bei einer Razzia gegen die Neonazi-Band „White Aryan Rebels“ festgenommen. Der V-Mann soll beim Vertrieb der White-Aryan-Rebel-CD „Noten des Hasses“ mitgewirkt haben. Auf der CD werden Michel Friedman, Rita Süßmuth, Alfred Bielik und andere Prominente mit dem Tod bedroht.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz führte in Sachsen den V-Mann Mirko H., der den deutschen Ableger der international agierenden, rassistischen Hammerskins dirigierte. Der Spitzel betrieb eine eigene Plattenfirma, die eng mit rechtsextremen Bands kooperierte. Außerdem wirkte H. an der Produktion und dem Vertrieb einer CD der Neo-

nazi-Band „Landser“ mit. Die vier Mitglieder der Berliner Gruppe rufen auf ihrer CD „Ran an den Feind“ zur Gewalt gegen Bundestag und Bundesregierung auf, propagieren „Bomben auf Israel“ und bedrohen Migranten mit Mord. Gegen die Band „Landser“ ermittelt Generalbundesanwalt Kay Nehm seit etwa zwei Jahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und weiterer Straftaten. Mirko H. soll auch mit anderen „Hammerskins“ Diskothekenbesucher überfallen haben. Hatte das Bundesamt den V-Mann nicht unter Kontrolle? Oder wurden Straftaten hingenommen, weil Mirko H. als Szene-Prominenter über einen tiefen Einblick ins Kameraden-Milieu verfügte?

Innenminister und Verfassungsschützer betonen immer wieder, ohne Vertrauensleute sei es kaum möglich, an Insider-Kenntnisse aus extremistischen Kreisen heranzukommen. Das stimmt natürlich. Und es wäre naiv, den Verzicht auf V-Leute zu fordern, um Pannen und Affären ausschließen zu können. Notwendig scheint eher, dem Verfassungsschutz bei größeren V-Mann-Aktionen juristisch unter die Arme zu greifen.

■ Auf der CD werden Prominente mit dem Tod bedroht ■

Denkbar wäre eine Rechtsvorschrift, die jeden bundesdeutschen Nachrichtendienst verpflichtet, bei einem absehbar aufwändigen und riskanten Einsatz eines Informanten eine richterliche Anordnung einzuholen. Oder die Zustimmung eines parlamentarischen Kontrollgremiums, möglicherweise auch einer G-10-Kommission, deren Kompetenz entsprechend erweitert werden müsste. Bislang entscheiden die in den G-10-Kommissionen sitzenden Bundestags- oder Landtagsabgeordneten „nur“ über die Zulässigkeit der von einem Nachrichtendienst beantragten Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses. Warum sollten demokratische Parlamentarier nicht in der Lage sein, auch bei einem brisanten V-Mann-Einsatz mitzureden?

Verfassungsschutz, Militärischer Abschirmdienst und Bundesnachrichtendienst werden solche Vorschläge vermutlich als Versuch auffassen, ihnen überflüssige Fesseln anzulegen. Doch eine demokratische Gesellschaft sollte das Recht haben, über ihre Abgeordneten prüfen zu können, ob die Informationen eines Neonazi-Spitzels schwerer wiegen als der Schaden, den er als Extremist dem Gemeinwesen zufügt.

Frank Jansen

Aktivitäten

Trojanische Pferde

Bekannte NPD-Funktionäre in Schleswig-Holstein sind in die Schill-Partei eingetreten, um ihr zu schaden. Die wehrt sich jetzt mit Ausschlussverfahren gegen die unerwünschten Neuzugänge.

Die eigene Partei hat sich für sie schon längst dem „Zeitgeist“ ergeben. Weder sei die NPD „radikaloppositionell“, noch „nationalsozialistisch“. Doch in Wahlkampfzeiten steht auch die „innerparteiliche Opposition“ aus Schleswig-Holstein geschlossen hinter dem NPD-Bundesvorstand und kämpft mit allen Mitteln um die rechte Wählergunst. Die NPD-Funktionäre Jörn Lemke, Jürgen Gerg und Bastian Tilger traten in die Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei) ein, um ihr zu schaden.

Durch eine Enttarnung ihrer Doppelmitgliedschaften, hofften die Neonazis aus Lübeck, die seit Jahre zu den Freien Nationalisten um Christian Worch und Thomas Wulff gehören, der Schill-Partei ein Imageproblem verursachen zu können. Der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz-Chef Michael Wolf hat auf Anfrage bestätigt, dass der NPD-Landesverband den Schill-Landesverband zu unterwandern versuche. „Die NPD diskutierte diese Möglichkeit“, erklärt Wolf und führt aus, dass einzelne Mitglieder der Schill-Partei schon beigetreten wären, – „ganz gezielt um einen Wahlerfolg der Schill-Partei zu behindern“. Aber auch um „selbst in die Schlagzeilen zu kommen“. Spätestens zu den Kommunalwahlen 2003, so der Verfassungsschützer, wollte die NPD diese „rechten Verbindungen“ aufdecken.

Die schleswig-holsteinische NPD, die mit Peter Borchert von einem Freien Nationalisten aus dem Umfeld von Worch und Wulff angeführt wird, bewertet in einer Erklärung die Doppelmitgliedschaften als Versuch, die „rechten Parteien“ zu vereinen. Zu den Bundestagswahlen würden Republikaner, Schill-Partei und NPD antreten und sich gegenseitig im Wege stehen. „Zusammen wäre ein Einzug in den Bundestag zumindest im Bereich des Möglichen, getrennt werden zum wiederholten Male alle scheitern“, wird provokant behauptet und die rhetorische Frage gestellt, wie viele Personen der Lübecker Ortsverbandsgründung der Schill-Partei ohne die NPD beigezogen hätten.

Bei der Gründungsveranstaltung am 1. August dieses Jahres fielen allerdings die Bestrebungen der NPDler auf. Früher als sie selbst wollten. Mit knapper Mehrheit wählten die Mitglieder Michael Gabriel, zuletzt bei der CDU engagiert und noch aktiv in der Vertriebenenarbeit, zum Ortsvorsitzenden. Zuvor hatte er bei der Versammlung im Scandic-Crown-Hotel gefordert, den Mittelstand mehr zu unterstützen und die „Inländerfreundlichkeit“ zu fördern. Es könne nicht sein, dass ein ausländisches Kind anders oder gar besser behandelt werde, als ein deutsches Kind. Kaum im Amt, empfahl der sich selbst als „konservativ“ bezeichnende Gabriel, Bastian Tilger zum Beisitzer im Ortsvorstand zu benennen und ihn mit der Betreuung der neu gegründeten Jugendorganisation der Schill-Partei Junge Offensive zu beauftragen. Eine überraschende Empfehlung: Tilger ist nicht nur NPD-Landesvorstandsmitglied und Kreisvorsitzender, sondern auch wegen Körperverletzung und Volksverhetzung vorbestraft. Vielleicht aber doch nicht so verwunderlich. Gabriel selbst werden gute Beziehungen zum früheren NPD-Kreisvorsitzenden Reinhardt Dutschke nachgesagt. „Ich bin kein Nationalist“ betont nun Gabriel. Die NPD behauptet allerdings, dass der 41-jährige Handelsvertreter „seit langen Jahren im nationalen Lager aktiv“ sei.

Unter den etwa 50 Gästen im Scandic-Crown-Hotel waren auch Lemke und Gerg, die auf Listenplatz 2 und Platz 5 für die NPD zum Bundestag kandidieren. Eine Funktion strebten die beiden in der Schill-Partei nicht an. Nach Bekanntwerden ihrer Doppelmitgliedschaft können sie das auch nicht mehr. Der Landeskoordinator der Partei und Hamburger Bürgerschaftsabgeordnete Bodo Theodor Adolphi betonte, „wenn dies zutrifft, werden alle sofort ausgeschlossen“. Dass die bekannten NPDler überhaupt Mitglieder werden konnten, erklärt sich der schleswig-holsteinische Bundestagskandidat Dieter Schreck durch die vielen Eintritte: „Die können wir nicht alle gleich überprüfen“. Dem Erklärungsversuch widerspricht allerdings, dass laut Beschluss seit dem 18. Juli 2002 aus Sorge vor Unterwanderung bei den Wahlkampf vorbereitungen keine Mitglieder mehr aufgenommen werden dürfen. Mittlerweile seien die Ausschlussverfahren gegen Gerg, Lemke und Tilger eingeleitet, erklärte der Schill-Pressesprecher Marc März. Unklar sei aber noch, so März, der als Student bei der extrem rechten Studentenliste „Uni-Aktiv“ in Hamburg engagiert war, ob auch der örtliche Ortsvorsitzende Michael Gabriel die Partei verlassen müsse.

Andreas Speit

Hintergrund**Aus für „Opposition“****Der VGB-Verlag legt zwei rechtsextreme Zeitschriften zusammen.**

Wie die Zeitschrift ihren Titel verstanden wissen wollte, hat „Opposition“ (das „Magazin für Deutschland“) gleich in der ersten Ausgabe vom April 1998 klargestellt: nicht im Sinne eines konstruktiven Kontrapunkts zur Regierungspolitik. Die rechtsextreme Opposition solle anders sein als im Bundestag: „fundamental und unmissverständlich“. Sie wisse sich eins mit vielen Deutschen, „die von den Bonner Verhältnissen ebenfalls die Nase voll“ hätten. In Publikationen von diesem Schlage stand Bonn vor dem Regierungsumzug nach Berlin stets für das verhasste 'System', für das parlamentarisch-demokratische 'Establishment'.

Das ambitioniert gestartete Blatt mit dem Anspruch eines rechtsextremen Nachrichtenmagazins hat sein Erscheinen jetzt eingestellt. In der Juli-Ausgabe der Zeitschrift „Deutsche Geschichte“, die ebenfalls die Verlagsgemeinschaft Berg (VGB) von Gert Sudholt in Inning (Bayern) herausgibt, teilte das Unternehmen mit, es habe beide Blätter zusammengelegt, und begrüßte die Leser von „Opposition“. Man habe „die politische Zeitschrift und die historische vereinigt, um die Kräfte zu bündeln und um eine Zeitschrift noch weiter auszubauen – technisch, wie inhaltlich“. Mit solchen wohlklingenden Worten umschreiben Verlage gewöhnlich, dass Kostengründe für das Aus einer Publikation verantwortlich sind. Die „Deutsche Geschichte“ erscheint als „tragfähigeres Zeitschriftenprojekt, das jetzt um einen gewichtigen historisch-politischen Akzent verstärkt“ werde. Die Schwerpunkte von „Opposition“ fänden sich ab der Juli-Ausgabe in der „Deutschen Geschichte“. Eine gravierende Veränderung der Zeitschrift durch die Fusion zeichnete sich in diesem Heft allerdings nicht ab.

Den ehemaligen Chefredakteur von „Opposition“, den Münchner Karl Richter (Jg. 1962), speiste der Verlag mit einem Posten im Redaktionsbeirat der „Deutschen Geschichte“ ab. Richter zählt zu den aktivsten rechtsextremen Publizisten. Neben seiner Tätigkeit für die VGB ist er seit 1994 Redakteur, zeitweise Chefredakteur, des Coburger Ideologieorgans „Nation&Europa“ (NE). Damit war er zuletzt maßgeblich an zwei rechtsextremen Konkur-

renzprodukten beteiligt. Richter arbeitete zunächst als parlamentarischer Referent des heutigen NE-Mitherausgebers Harald Neubauer, nachdem dieser 1989 für die Republikaner ins Europaparlament eingezogen war. Später wurde er Chefredakteur der „Deutschen Rundschau“, dem Organ der Deutschen Liga für Volk und Heimat, an deren Gründung nahezu die gesamte heutige NE-Redaktion beteiligt war. Nach der Fusion des Blattes mit „Nation&Europa“ wurde Richter NE-Redakteur.

Vom Coburger Vorbild unterschied sich „Opposition“ vorwiegend äußerlich. Statt des altbackenen NE-Designs setzte das Magazin auf ein modernes Erscheinungsbild, das mit zeitgemäßer computergestützter Technik erstellt wurde. Kommt NE seit gut 50 Jahren monatlich auf den Markt, startete „Opposition“ als Vierteljahreszeitschrift und stellte nach zwei Ausgaben auf zweimonatliches Erscheinen um. Dem Anspruch als modernes Nachrichtenmagazin wurde „Opposition“ allerdings nur begrenzt gerecht. Inhaltlich setzte es kaum neue Akzente: Statt das aktuelle Geschehen aus besonderer Perspektive in den Blick zu nehmen und durch exklusive Informationen Spannung zu erzeugen, wie es für Nachrichtenmagazine typisch ist, prägten Artikel in bekannt rechtsextremem Tenor das Blatt. Die Leitthemen glichen denen von NE nahezu aufs Haar: der Antiamerikanismus, der im Kern antiliberal gemeint war, eine Fremdenfeindlichkeit, die sich als Ablehnung von „One-World-Utopien“ gewandete, die Frontstellung gegen das als „Umerziehung“ bezeichnete kritische Erinnern an den Nationalsozialismus, besonders gegen Entschädigungsleistungen für Zwangsarbeiter.

Auch die Autorenschaften überschnitten sich: So kam NE-Starautor Franz Schönhuber in beiden Blättern zu Wort. Mit Berichten aus der Szene hielt sich „Opposition“ allerdings zurück. Vermutlich wollte das Magazin über den extrem rechten Markt hinausgreifen. Dafür spricht, dass noch im Februar dieses Jahres der Kioskvertrieb intensiviert werden sollte und die Druckauflage nach Verlagsangaben auf 10 000 Hefte erhöht wurde. Vorher war von einer verkauften Auflage von etwa 1400 auszugehen. Mit dieser Größenordnung, die durch die geplante Vermarktungsoffensive offenbar nicht entscheidend erhöht werden konnte, war wirtschaftliche Tragfähigkeit nicht greifbar. Moderne Optik allein reichte augenscheinlich nicht aus, um „Opposition“ dauerhaft in einer publizistischen Nische auf dem rechtsextremen Pressemarkt zu etablieren.

Thomas Pfeiffer

Hintergrund

Überdrüssig

Christian Worch und seine Getreuen marschieren wieder einmal durch Leipzig.

In der Stadt der legendären Montagsdemonstrationen haben die Menschen die Lust am Demonstrieren verloren. Als am 3. August der Neonazi Christian Worch mit einem Häuflein fanatischer rechtsextremer Anhänger wieder einmal durch Leipzig marschierte, waren wenige Gegendemonstranten auf den Straßen. Die Leipziger sind rechtsextremer Aufmärsche überdrüssig. Worchs Horde hat hier keine Sympathien. Aber nur wenige haben genügend Antrieb, Gesicht zu zeigen.

Es war ein warmer Sommertag in Leipzig. Die Leute saßen in Straßencafés, Massen strömten zu einem Open Air-Musikfest. Am Vormittag hatte die PDS am Rand des Stadtzentrums zu einer Protestversammlung eingeladen, es kamen 40 Unentwegte. Auch anderswo sammelten sich kleine Grüppchen, kaum organisiert, eher ratlos. Die Leipziger, so scheint es, sind abgestumpft und desinteressiert. Wer mit ihnen ins Gespräch kommt, hört heraus, dass sie die rechten Aufmärsche satt haben. Aber sie haben sich daran gewöhnt und resigniert. „Gegenaktionen haben nichts gebracht“, bedauert ein Mann, der anfangs protestierte, sich aber inzwischen nicht mehr beteiligen mag. „Alle paar Wochen kommen die jetzt hierher“, sagt er, „und die Gerichte erlauben das.“ Er ist spürbar demotiviert.

Nur etwa 150 anstatt der angekündigten 500 hatte Worch diesmal mobilisieren können. Wie bei mehreren Versuchen vorher war ihm verwehrt worden, zum Marschziel Völkerschlachtdenkmal vorzudringen. Die Polizei, mit einigen tausend Beamten aus mehreren Ländern angerückt, riegelte den erlaubten Zugweg vollständig und weiträumig ab. Gegendemonstranten hatten nur an wenigen Stellen eine Chance, sich der überwiegend jugendlichen grölenden Worch-Kolonnen zu nähern, um zaghaft „Nazis raus“-Sprechchöre anzustimmen. „Die dürfen und wir nicht“, sagte eine der von der Polizei abgewiesene Frau enttäuscht. Am Augustusplatz standen verstreut etwa 100 Demonstranten, die ihrem Zorn Luft machten. Immerhin gelang es erfindungsreichen Links-Aktivistinnen, durch fantasievolle Finten die Rechtsextremen zu Umwegen zu zwingen.

Helmut Lölhöfel

Ausland

„SS“ der Bewegung

Die Hammerskins wollen keine Laufburschen der rechtsextremen Parteien sein.

Im kleinen Örtchen Affoltern am Albis, unweit von Zürich, fand am Wochenende vom 9. bis 11. August das so genannte „Hammerfest“ statt, ein dreitägiges, von den Hammerskins organisiertes Neo-Nazi-Treffen mit rund 1000 Teilnehmern. Die Hammerskins wurden Ende der Achtzigerjahre in Dallas, Texas, gegründet und in Sektionen weltweit organisiert. Dezentral und eigenständig organisiert bilden alle Sektionen die Hammerskin-Nation, die einem strengen Verhaltenscodex unterworfen ist.

Nicht überraschend war daher die straff organisierte Großveranstaltung, die die Schweizer Sektion in diesem Jahr durchführte, ohne dabei größeres Aufsehen bei Polizei oder umliegenden Bürgern zu erregen. Vor Teilnehmern aus ganz Europa waren – ebenso international – einschlägige Bands wie „H8Machine“ (USA), „Celtic Warrior“ (Großbritannien), „Gesta Bellica“ (Italien) und „Dissens“ aus der Schweiz angekündigt. Die Konzerte fanden in einem großen Festzelt statt, das auf einer gut abgeschotteten Waldlichtung aufgebaut wurde. Daneben stand ein kleines Zeltdorf. Mit dem Einverständnis des örtlichen Bauern, der das Land gepachtet hat. Von eigens für das Spektakel ausgewiesenen Parkplätzen brachten angemietete Shuttlebusse die sich selbst als „SS der Bewegung“ verestehenden „Kameraden“ zum Veranstaltungsort.

Schon lange wollen sich die Hammerskins nicht mehr als Sicherheitsdienst oder Laufburschen der etablierten rechtsextremen Gruppen gebrauchen lassen, sondern aktiv in die Geschicke der „arischen Rasse“ eingreifen. So heißt es auf der professionell gestalteten Webpräsenz der Schweizer Hammerskins: „Die SHS versucht mit ihrer, in der heutigen Zeit kritischen Einstellung gegenüber einigen gesellschaftlichen Krankheiten, das Volk aufzurütteln“. Seit langem gelten die Schweizer Hammerskins als besonders aktiv. Bei den regelmäßig organisierten Konzerten sind besonders deutsche Rechtsextremisten gern gesehene Gäste. Diese können sich hier, wo viele neonazistische Symbole nicht verboten sind und kaum staatliche Handhabe gegen Gruppen wie die Hammerskins besteht, voll ausleben.

Thomas Grumke

Ausland**Geduldetes Fußvolk**

Jean-Marie Le Pen lässt eine Distanzierung zu militanten Neonazis vermissen.

Lasset die Jungs zu mir kommen: So ähnlich lautet die Botschaft, die Jean-Marie Le Pen abgegeben hat, als er zu dem Verbotsdekret gegen die militante Neonazi-Sammlungsbewegung *Unité radicale* (UR) vom 6. August Stellung bezog (BNR 16/02). Mit dem Kabinettsbeschluss habe die Regierung Raffarin „den Forderungen der linksradikalen Splittergruppen nachgegeben“, die ein solches Verbot nach dem „Operetten-Attentat“ vom 14. Juli gefordert hätten. Die militante UR bezeichnete der rechtsextreme Politiker als „kleine Aktivisten-Gruppe“ von, so der Chef des *Front National* (FN), „turbulenten jungen Nationalen“.

Der *Front National* hatte in der Vergangenheit wiederholt auf militante Neonazis als Fußvolk zurückgegriffen, und sie in seinen Reihen geduldet. Im Vorfeld der 1. Mai-Demonstration in diesem Jahr hatte der FN seinen Ordnerdienst verstärkt, indem er eine von Neonazis geführte *Security-Gesellschaft* namens *Normandy* engagierte. Der gescheiterte Chirac-Attentäter vom 14. Juli, *Maxime Brunerie*, hatte für *Normandy* gearbeitet.

Verboten wurde neben der UR durch eine richterliche Anordnung vom 8. August auch deren Internetseite. Vom Ausland – Kanada und den Niederlanden – aus stellte die Neonazibewegung allerdings inzwischen eine Ersatz-Website ins Netz. Die *Union jüdischer Studenten in Frankreich*, eine der Klägerorganisationen gegen die Website, hat bereits rechtliche Schritte angekündigt, falls über sie in Frankreich strafrechtlich relevante Inhalte verbreitet würden.

Die vormaligen UR-Sprecher *Fabrice Robert* und *Guillaume Luyt* haben für Herbst 2002 die Schaffung einer neuen, legalen „identitären, sozialen und europäischen Bewegung“ mit einem Status als kulturelle Organisation oder politische Partei angekündigt. Das Verbot nütze ihrer Bewegung, tönten sie sinngemäß, da es sie zur Trennung von Nazi-Folklore zwingt. Allerdings darf bezweifelt werden, dass die Kader über ausreichend Aktivisten verfügen, eine vom Bisherigen wirklich unbelastete neue Bewegung zu schaffen. *Bernhard Schmid*

Ausland**Das politische Erbe**

Die Zukunft der wichtigen US-amerikanischen rechtsextremen Organisation *National Alliance* scheint unter dem neuen Spitzenmann vorerst gesichert.

Erich Gliebe tritt die Nachfolge des kürzlich verstorbenen einflussreichen US-amerikanischen Rechtsextremisten *William Pierce* an. Das Direktorium („*Board of Directors*“) der *National Alliance* (NA) hat wie erwartet den 38-Jährigen an die Spitze der Organisation berufen. Dies lässt sich einem Schreiben des Chef-Propagandisten und Mitgliederkoordinator der NA, *Billy Roper*, entnehmen (vgl. BNR 16/02).

Gliebe, Sohn eines Wehrmachts-Veteranen und Chef der NA-Sektion *Cleveland* war 1999 von *Pierce* die Leitung des rechtsextremen Labels *Resistance Records* und des dazugehörigen „*Resistance-Magazins*“ übertragen worden. Der Ex-Profiboxer, auch bekannt unter dem bezeichnenden Namen „*The Aryan Barbarian*“, hat langjährige Kontakte in die so genannte *White Power Industrie* hinein. Er machte in den vergangenen zwei Jahren das vorher in schwere Turbulenzen geratene Label wieder rentabel und brachte es auch inhaltlich auf NA-Linie. Eigenangaben zufolge wurden 2001 Einnahmen bis zu einer Million Dollar erwartet.

Vor seinem Engagement bei *Resistance* baute Gliebe in *Cleveland, Ohio*, die größte NA-Sektion in den USA auf und organisierte unter anderem das jährliche „*Euro-American Cultural Fest*“ im Namen der von ihm geleiteten „*European-American Cultural Society*“ mit über 500 zahlenden Besuchern. Gern gesehene Gäste bei Gliebes NA-Sektion waren auch *David Duke* und *David Irving*. So trat *Duke* im Mai 1997 bei von Gliebe organisierten Veranstaltungen in *Ohio* als Redner auf.

Im Jahre 1999 hatte *William Pierce* *Resistance Records* erworben. Ziel war und ist es, „junge, unzufriedene Weiße“ über die Musik im Sinne der *National Alliance* zu politisieren und zu mobilisieren: *Pierce* nannte es „den musikalischen Arm der *Arischen Revolution*“. Im Herbst des Jahres kaufte *Pierce* außerdem das schwedische Label *Nordland* und verdoppelte damit praktisch sein Angebot auf circa 250 verschiedene Titel und 80 000 CDs.

Eine ähnliche Position wie Pierce vertritt auch Gliebe. Resistance sei dazu da, um „entfremdete weiße Jugendliche“ zu erreichen, die dem „Einfluss einer untermenschlichen Popkultur, die alles nicht-arische glorifiziert“ ausgesetzt sind. Auch der Feind wird klar benannt: das „jüdische Establishment“ und „weiße Verräter an ihrer Rasse“. Gliebe zufolge ist „der völlige und totale weiße Sieg um jeden Preis das ultimative Ziel und Resistance Records eines der Waffen, um dieses Ziel zu erreichen“.

Ursprünglich ein reiner Vertrieb von Skinheadmusik, hat Resistance unter Gliebe die Angebotspalette deutlich um Southern Rock, Country, Klassik, Folk als auch um das rasant anwachsende Genre des so genannten NS Black Metal (NSBM) erweitert. Im Angebot finden sich nun einschlägige rechtsextreme Band wie unter anderem „Angry Aryans“, „White Wash“, „Blue Eyed Devils“ (deren Sänger, wie Gliebe, aus Parma, Ohio, stammt), „The Bully Boys“ als auch „Rahowa“, „Berserkr“, „Bound For Glory“, „Shutdown“, „Max Resist“, „Skrewdriver“ sowie die in Deutschland indizierte Kultband „Landser“.

■ Von seinem Mentor das ideologische und strategische Rüstzeug gelernt ■

Im Sommer 2000 fädelt Gliebe die Übernahme des 1993 von dem norwegischen Neonazi (und verurteilten Mörder) Varg Vikernes gegründete NSBM-Labels „Cymophane“ ein, das allerdings mit der Vermarktung der Band „Burzum“ durch einen großen Vertrieb scheiterte. Seitdem verleihte sich Resistance Records Berichten des Center for New Community zufolge die Labels Johnny Rebel, Condor Legion Ordnance, WhitePowerRecords.com und zuletzt Unholy Records als Vorfrontorganisationen ein. Resistance ist außerdem der Exklusivlieferant von Vinland Records, dem amerikanischen Zweig von Nordland Records. Wichtige Geschäftspartner sind unter anderem das den Hammerskins nahestehende Panzerfaust Records, Midgaard Records und Ancestral Research Records.

Der perfekte Zeitpunkt zum Einstieg in das lukrative NSBM-Geschäft kam im Juni 2000 mit der Ankunft des deutschen Black-Metal-Neonazis Hendrik Möbus. Möbus, der zu einer achtjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, nachdem er im April 1993 mit zwei Komplizen einen Mitschüler erdrosselt hatte, verstieß nach Verbüßen von zwei Drittel seiner Strafe gegen die Bewährungsauf-

gen und setzte sich im Dezember 1999 in die USA ab. Der ehemaligen rechten Hand von Pierce zufolge, die unter dem Pseudonym Evelyn Hill auftritt, war es Erich Gliebe, der den vor der deutschen Justiz flüchtigen Möbus ins NA-Hauptquartier nach West Virginia mitbrachte, nachdem dieser von seinen vorigen Gastgebern, zwei Skinheads der auch in Deutschland aktiven „White Order of Thule“, zusammengeschlagen worden war. Möbus soll Pierce die Idee, Cymophane zu kaufen, näher gebracht haben, bevor er dann im August 2000 verhaftet und später nach Deutschland abgeschoben wurde.

Insgesamt hatte die NA bis dahin 20 000 Dollar in einen Anwalt für Möbus investiert, was den Wert von Möbus für die NA und den NSBM-Vertrieb unterstreicht. Nach wie vor betreut Evelyn Hill von Kalifornien aus eine Möbus-Solidaritätswebseite und sammelt Spenden. Der bekennende „Landser“-Fan Gliebe ließ 2001 in der deutschen Szene-Musikzeitschrift „RockNord“ verlauten: „Ich hoffe auch auf eine weitere Zusammenarbeit zwischen Resistance und der deutschen WP-Szene (WP = White Power; Anm.). Wir möchten euch auf jede Art und Weise helfen, die uns möglich ist! Wir sehen uns!“.

Ob Gliebe als neuer NA-Chef in das hinterwäldlerische Hillboro umziehen wird, ist allerdings fraglich. Da er sich, gut informierten Kreisen zufolge, nicht bei allen NA-Mitgliedern großer Beliebtheit erfreut, könnte er Schwierigkeiten bekommen, die NA von Ohio aus effektiv zu führen. Noch ist seine Übernahme der Führerschaft der NA auch nicht offiziell bekannt gegeben worden. Unterdessen scheinen die Geschäfte nahtlos weiterzulaufen. Das zehnköpfige Personal in Hillsboro arbeitet unverändert nach dem in aller Stille abgehaltenen Begräbnis von William Pierce am 27. Juli weiter. Kevin Strom ist für das Radioprogramm „American Dissident Voices“ zuständig und Billy Roper bleibt weiterhin der Chefpropagandist.

Obwohl die Zukunft der National Alliance auch nach der Wahl Gliebes noch offen ist, scheint die Kontinuität der wichtigsten amerikanischen rechts-extremen Organisation für den Moment gesichert. Bisher hat es jedenfalls keine öffentlich vernehmbaren Proteste gegen ihn gegeben. Ohne auch nur annähernd ein Intellektueller wie der omnipräsente William Pierce zu sein, hat Erich Gliebe doch das gesamte ideologische und strategische Rüstzeug für die „arische Revolution“ von seinem Mentor gelernt.

Thomas Grumke

Ausland**Aktive „Ostmärker“**

Die zersplitterte Neonaziszene in Österreich scheint sich neu zu formieren. Kontakte bestehen zu deutschen Gruppen.

Am 8. August verhaftete die Wiener Staatspolizei drei Männer im Alter zwischen 36 und 42 Jahren, Rudolf H., Matthias B. und Amand T., als sie gerade im Bezirk Döbling Waffen aus einer Wohnung abtransportierten. Das Trio war wochenlang observiert worden und bei den folgenden Hausdurchsuchungen konnte die Polizei neben 90 Schusswaffen, einem Kilo Sprengstoff, Tausenden Schuss Munition auch umfangreiche rechtsextreme Unterlagen sicherstellen. Obwohl sich die Festgenommenen als unpolitische Waffenliebhaber darstellen wollen, wird zur Zeit das politische Umfeld der Männer durchleuchtet. Schließlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Gruppe, die sich selber „SS-Kampfgemeinschaft Prinz Eugen“ nennt, noch weitere Mitglieder hat.

Nach Angaben des in Wien erscheinenden Magazins „Standard“ wird dabei die „Döblinger Initiative für Autofahrerrechte“ (DIAR) als eine wichtige Schnittstelle angesehen. Alle drei Festgenommenen sollen mit der Gruppe, die von Mitgliedern der verbotenen Aktion Neue Rechte (ANR) gegründet wurde, in engem Kontakt gestanden haben. Der unlängst verstorbene Mitbegründer der DIAR, Georg Gassner, rief noch kurz vor seinem Tod im Internet zum Kampf gegen die „Grünbolschewisten“ auf. Gassner war laut „Standard“ schon in den Siebzigerjahren an der Wiener Universität mit Gaspistolen und Knüppeln auf Linke losgegangen. Das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstand (DÖW) stellt auf seiner Homepage den umtriebigen Gassner als Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Nation“ und Leserbriefeschreiber sowie Rezensent des FPÖ-Blattes „Neue Freie Zeitung“ vor.

In den Medien wird die Polizeiaktion als „schwerer Schlag gegen österreichische Rechtsextremisten“ interpretiert. Erst vor wenigen Monaten begann sich die nach den Verboten von ANR und Volkstreuer außerparlamentarischer Opposition (Vapo) zersplitterte Neonaziszene neu zu strukturieren. Die Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung am 13. April in Wien war ein großer Propa-

gandaerfolg für die Neonazis, hatte aber auch die Staatsorgane alarmiert. Denn im Anschluss an die Kundgebung zogen rund fünfzig Prozent der Teilnehmer – mehrheitlich Skinheads – durch die Innenstadt, skandierten Parolen wie „Sieg Heil!“, „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ und grölten Texte rassistischer Skin-Bands. Anhand von Video-Aufnahmen konnten die Behörden 36 Verdächtige ausforschen und wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz anzeigen.

Eine für den 3. August von der Kameradschaft Germania (KSG) in Salzburg geplante Demonstration „Stoppt linke Gewalt“ wurde von der lokalen Polizeibehörde mit der Begründung untersagt, dass die Veranstalter und ihr Umfeld aufgrund ihres neonazistischen Charakters „nicht in den Schutzbereich der Versammlungsfreiheit Artikel 11, Abs. 2 der Menschenrechtskonvention fallen“ würden.

Die Kameradschaft Germania (KSG) ist Anfang dieses Jahres aus einem Zusammenschluss der Kameradschaft Germania Wien (KSG-Wien) mit der Kameradschaft Österreich und der Kameradschaft Germania Berlin entstanden. Im Internet bezeichnete die KSG-Wien ihre Aktivisten als „junge nationalgesinnte Ostmärker“. Der neonazistische Hintergrund der KSG-Wien war den Behörden bekannt. So wurde im Juni 2001 eine geplante „Sonnenwendfeier“ am Stadtrand von Wien verboten. Gegen den Anführer der KSG-Wien, Sascha Gasthuber, wurden Ermittlungen wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz eingeleitet. Die KSG verfügt auch über gute Kontakte zur deutschen Neonaziszene. Im „Dritten Offiziellen Rundbrief“ der KSG schreibt der Funktionär Robert Faller, dass die gegenwärtig von einem Verbot bedrohte NPD ihre Unterstützung für die KSG-Kundgebung gegen die „Wehrmachtsausstellung“ am 13. April zugesichert habe. Diese Kundgebung wurde nicht nur auf zahlreichen deutschen neonazistischen Websites angekündigt, vielmehr hatte die KSG auch selbst in den Foren dieser Seiten Aufrufe gepostet. Vor Ort anwesend waren am Wiener Heldenplatz dann neben anderen auch deutsche Rechtsextremisten aus dem Milieu des Nationalen Widerstandes.

Auch für die verbotene Salzburg-Demonstration bat Faller im Forum des neonazistischen deutschen Wikinger-Versandes um logistische Unterstützung. Im Gegenzug wollten sich die österreichischen Neonazis jetzt am 17. August an den Heß-Gedenkaktionen in Wunsiedel beteiligen. *Peter Nowak*

Ausland**Ein „Hexenkessel“**

Bei den Politik-Neulingen der rechtspopulistischen Lijst Pim Fortuyn in den Niederlanden bröckelt die Personaldecke.

Drei Monate nach dem überraschend guten Abschneiden bei den Wahlen und nur wenige Wochen nach der Regierungsbildung zeigen sich in der niederländischen populistisch-rechten Partei LPF (Lijst Pim Fortuyn) die ersten Auflösungserscheinungen. Die Partei steht ohne Fraktionsvorsitzenden da; Hände ringend gesucht wird eine Staatssekretärin.

Nur wenige Stunden nach ihrer Ernennung ging Philomena Bijlhout, die als erstes schwarzes Regierungsmitglied in die niederländische Geschichte eingehen sollte, stattdessen als jenes mit der kürzesten Amtszeit ein: Die aus Surinam stammende 44-Jährige, die zur Staatssekretärin für Emanzipation und Familie ernannt worden war, trat zurück, nachdem ein Fernsehsender Details aus ihrer Vergangenheit in der niederländischen Ex-Kolonie ans Tageslicht gebracht hatte. Bijlhout hatte in den siebziger Jahren in Den Haag studiert, bevor sie nach Surinam auswanderte, wo sie sich den Volksmilizen des Militärchefs Desi Bouterse anschloss, der 1980 gegen die demokratisch gewählte Regierung geputscht hatte. Ende 1982 wurden 15 oppositionelle Journalisten, Politiker und Anwälte ermordet, deren Tötung man Bouterse zur Last legte. Bis zu ihrer Amtseinführung hatte Bijlhout immer wieder betont, den Milizen damals bereits den Rücken gekehrt zu haben. Als Fernsehbilder sie nach dem Mord in Uniform zeigten, war das das Ende ihrer politischen Karriere.

Noch während man bei der LPF auf der Suche nach einer Nachfolgerin war – die vorgeschlagene Hausfrau und Hotelfachfrau Fiona de Vilder musste nach den ersten Gesprächen mit dem Ministerpräsidenten Jan Balkenende einsehen, dass sie über keinerlei politische Erfahrung verfügt, trat Anfang August auch noch der Fraktionsvorsitzende zurück. Mat Herben, der nach dem Mord an Pim Fortuyn von dessen Sprecher zur prominentesten Figur der Partei aufstieg, warf nach massiver Kritik an seiner Person hin. Es sei „zu viel geworden“, erklärte er in einem Interview. Herben hatte die Koalitionsverhandlungen mit der christlich-demokratischen CDA und der rechtsliberalen VVD geleitet

und war heftig unter Beschuss geraten, weil er nach Ansicht vieler LPFler zuviele Kompromisse gemacht habe. Die Lage war dermaßen eskaliert, dass er die Trennung der Fraktion von der Partei angedroht hatte. Über die Nachfolge Herbens soll ein Parteitag im Herbst entscheiden.

Politische Beobachter sind sich längst nicht mehr sicher, dass die Partei, die nur wenige Tage nach dem Mord an ihrem schillernden Anführer auf Anhieb zur zweitstärksten Fraktion gewählt wurde, auch nur das erste Jahr in der Regierung übersteht. „Die Liste der kleinen und großen Affären ist nach kurzer Zeit sehr lang“, konstatiert die Tageszeitung „Volkskrant“ und spricht von einem „Hexenkessel“. Zu den kleinen Affären gehört, dass der LPF-Verkehrsminister Roelf de Boer bei Amtsantritt noch meinte, zeitgleich LPF und VVD-Mitglied sein zu können. Insgesamt stellt die LPF vier Minister. Außer Wirtschaft und Verkehr leiten LPF-Mitglieder die Ministerien für Gesundheit sowie – für Einwanderung und Integration.

Einwanderungsminister Hilbrand Nawijn war jahrelang als Hardliner bekannter Direktor der Einwanderungs- und Einbürgerungsbehörde IND und im Dienste der CDA unterwegs. Vor einigen Jahren musste er zurücktreten, nachdem bekannt geworden war, dass er mit IND-Geldern seinen örtlichen Fußball-Club gesponsort hatte. Nun ist er federführend tätig für die Umsetzung des restriktivsten Ausländergesetzes, das die Niederlande je gesehen haben: Laut Koalitionsvereinbarung sollen Ausländer, die sich nicht ausweisen können, künftig grundsätzlich keinen Asylantrag mehr stellen dürfen – grob geschätzt würden damit 80 Prozent der Asylanträge wegfallen. Die obligatorischen Einbürgerungskurse sollen Ausländer künftig selber zahlen – pro Person 6600 Euro. Ferner soll der Familiennachzug erschwert werden.

Nach Österreich, Italien und Dänemark ist Holland das vierte Land Europas, in dem Parteien der Mitte mit Rechtspopulisten koalieren. Es ist allerdings auch das einzige, in dem die Rechtspopulisten mit einer Garde völlig unerfahrener Polit-Neulinge den Weg ins Kabinett antraten. Andererseits muss man der Lijst Pim Fortuyn attestieren, in der Koalitionsvereinbarung eine Reihe von Restriktionen durchgesetzt zu haben, die in einem liberal regierten Land unmöglich gewesen wären. Ob diese jemals wieder rückgängig gemacht zu werden – ob mit oder ohne LPF – darf zurzeit wohl bezweifelt werden.

Jeannette Goddar

Hintergrund**Der Menschenretter**

Im September vor 30 Jahren ist Hans Calmeyer verstorben. Er hat zigtausende Juden vor dem sicheren Tod bewahrt.

Oskar Schindler kennen hierzulande und weltweit Millionen Menschen durch Steven Spielbergs Film „Schindlers Liste“. Der deutsche Industrielle hat viele hundert jüdische Zwangsarbeiter vor Auschwitz gerettet. Sie seien unabdingbar für die deutsche Rüstung. Mit Raoul Wallenberg sieht es da schon anders aus. Er ist weit weniger bekannt. Der Schwede war im Sommer 1944 nach Budapest gereist, um Tausende von ungarischen Juden vor der Deportation zu bewahren. Er verteilte Ausweise, die den Menschen bescheinigten, unter schwedischem Schutz zu stehen. Das respektierte sogar Adolf Eichmann, der Organisator des Völkermordes. Ebenfalls in Budapest half der Schweizer Diplomat Carl Lutz Verfolgten. Ihn kennt kaum jemand. Ähnlich verhält es sich mit dem Schweizer Polizeibeamten Paul Grüninger, der Flüchtlinge über die Grenze ließ und sie so vor der Gestapo rettete. Auch Hans Calmeyer kennen bei uns nur einige Experten. In den Niederlanden ist das anders. Dort haben die bekanntesten Zeitgeschichtler des Landes, die Professoren Louis de Jong und Jacob Presser, bereits vor Jahrzehnten in ihren heute noch gültigen Werken „De Bezetting“ und „Ondergang“ Hans Calmeyer gewürdigt.

Der 1903 in Osnabrück geborene Jurist hat sich nach dem deutschen Überfall auf die Niederlande im Mai 1940 freiwillig in das „Reichskommissariat für die besetzten niederländischen Gebiete“ in Den Haag gemeldet. Dort übernimmt er eine Abteilung und macht sie zu einem Zentrum in der gesamten Judenpolitik. Calmeyer muss prüfen, ob niederländische Juden aus bestimmten Gründen nicht ins Judenregister aufgenommen werden müssen. Das tut er fast immer zu Gunsten der Betroffenen. Er gibt von sich aus Tipps, wie jemand zu solchen Freibriefen kommt. Fast 1500 Fälle muss er allein von 1940 bis 1941 entscheiden. Nur jeder Vierte wird abgewiesen. Schließlich kann er nicht jedem Antragsteller helfen. Bald ist die Rede von „Calmeyer-Juden“ oder von „Gecalmeyer-ten“. Calmeyer akzeptiert gefälschte Dokumente, die dem Besitzer bescheinigen, nicht jüdisch zu sein. Bestechungsversuche weist er zurück.

Im Sommer 1942 beginnen die Massendeportationen. Zu der Zeit sind bereits Tausende niederländische Juden ins Durchgangslager Westerbork im Nordosten des Landes gebracht worden. Der erste Zug mit mehr als 1100 Menschen verlässt das Lager in Richtung Auschwitz am 15. Juli 1942. „Calmeyer-Juden“ müssen nicht mitfahren. Sie kommen nach Theresienstadt östlich von Prag, wo die meisten überleben. Calmeyer bleibt im Reichskommissariat bis zur Befreiung der Niederlande im Mai 1945. Dann wird er als Mitarbeiter der Nazibehörde im Seebad Scheveningen interniert. Bei Verhören räumt er ein, dass er nicht in jedem Fall helfen können. Aber ohne ihn wären 17 000 Menschen mehr deportiert worden. Im September 1946 darf er als freier Mensch nach Hause fahren.

In der Bundesrepublik wird die NS-Zeit schnell als „erledigt“ abgelegt. Das gilt für die Politik ebenso wie für die Justiz und alle Bereiche. 1963 greift das NDR-Magazin „Panorama“ die deutsche Terrorherrschaft in den Niederlanden auf und fragt auch Calmeyer, ob er gewusst habe, dass die Juden in den Tod transport worden seien. Er antwortet mit „Ja“. Die Folgen sind verheerend. In den Niederlanden macht das Geständnis Schlagzeilen. Hans Calmeyer gerät in den Verdacht, ein Schreibtischtäter zu sein. Tatsächlich hat er ja nicht allen geholfen, helfen können. Er erklärt sich bereit, sich in den Niederlanden der Justiz zu stellen. Dort schildern Experten die Konflikte des Beschuldigten. Israel meldet sich zu Wort. Yad Vashem, das weltweit geachtete Holocaust-Forschungsinstitut in Jerusalem, bescheinigt Hans Calmeyer, ein „Gerechter unter den Völkern“ zu sein. Ihm zu Ehren wird in der „Allee der Gerechten“ ein Baum gepflanzt – eine Auszeichnung für Nicht-Juden, die Juden gerettet haben. Calmeyer ist voll rehabilitiert. Die Rückkehr ins bürgerliche Leben gelingt allerdings nur halbwegs. Die Opfer des NS-Terrors haben Calmeyer offenbar verändert. Am 2. September 1972 – also vor 30 Jahren – findet seine Frau ihn tot im Bett.

All das erzählt Peter Niebaum in einer Art Collage. Er tut dies überzeugend und auf weiten Strecken spannend. Das Buch ergänzt die Geschichte der „Stillen Helfer“. Im nächsten Jahr, zu seinem 100. Geburtstag soll in Osnabrück Calmeyer offiziell gewürdigt werden. Endlich. *Heiner Lichtenstein*
„Ein Gerechter unter den Völkern – Hans Calmeyer in seiner Zeit“ von Peter Niebaum ist 2001 im Rasch-Verlag in Osnabrück erschienen. Der Band mit 427 Seiten kostet 34,90 Euro.

Bücherschau**Schrecken von Katyn**

Schon das Wort Katyn löst Beklemmung aus, klingt nach Mord und Grauen. Was die Forschungen von Geschichts- und Militärwissenschaftlern, Untersuchungen von Gerichtsmedizinern, Aussagen von Zeitzeugen und Hinterbliebenen seit den 40er-Jahren bis in die Gegenwart über das wirkliche Geschehen in und um Katyn zutage brachten, hat der Historiker Gerd Kaiser in seinem soeben erschienenen Buch zusammengetragen. Es ist eine akribische und gerade durch ihre nüchterne Sachlichkeit ergreifende Sammlung von Fakten und Dokumenten über den Hitler-Stalinschen Nichtangriffspakt mit seinen Geheimprotokollen, über den vom Politbüro der KPdSU beschlossenen Massensmord an kriegsgefangenen polnischen Offizieren und über die jahrzehntelange Lügenkampagne bis zum Eingeständnis des ungeheuerlichen Kriegsverbrechens durch die russische Führung 1990/91.

Besonderes Anliegen des Autors war der Nachweis, dass der Ausgangspunkt zur Liquidierung eines Großteils der polnischen Offizierselite in den drei NKWD-Sonderlagern, für die der Name Katyn zum Symbol wurde, die antipolnische Verschwörung Hitlerdeutschlands und Sowjetrusslands war. Eines der ersten unter den über 100 Dokumenten, die das Buch im Wortlaut oder in Auszügen bringt, ist das Faksimile der deutschen Fassung eines „Geheimen Zusatzprotokolls“ vom 23. August 1939, das die Unterschriften von Molotow und Ribbentrop trägt.

In Übereinstimmung mit den Deutschen marschierte die Rote Armee am 17. September 1939 in Polen ein, übernahm teilweise von der Wehrmacht bereits besetzte Territorien, leistete den Nazitruppen auf Anforderung militärische Hilfe und veranstaltete mit ihnen gemeinsame Paraden. Am 28. September unterzeichneten Ribbentrop und Molotow einen Vertrag, wonach die Grenze der Besatzungsgebiete „endgültig“, der polnische Staat also ausgelöscht sei. In einem Geheimprotokoll verpflichteten sich beide Partner, „keine polnische Agitation“ zu dulden. SS und NKWD waren die Träger der Zusammenarbeit, das Protokoll Todesurteil für zehntausende Polen. Am 5. März 1940 legte das Politbüro der KPdSU eine ungeheuerliche Form der Lösung der Kriegsgefangenen-Frage für die polnischen Offiziere fest: Die Verfahren seien „unter Anwendung der Höchststrafe ... – Tod durch Er-

schießen – abzuwickeln ... Die Verfahren sind durchzuführen, ohne die Arretierten vorzuladen und ohne ihnen die Anklage mitzuteilen.“ Das Dokument, von Kaiser als „Zeugnis eines in seiner Art und in seinem Ausmaß einzigartigen Staatsverbrechens“ charakterisiert, trägt die Unterschriften von Stalin, Molotow, Woroschilow und Mikojan. Nachträglich vermerkt ist die Zustimmung von Kalinin und Kaganowitsch. Ab April wurde in den drei NKWD-Sonderlagern vollstreckt. Insgesamt wurden 25 000 polnische Offiziere und andere Häftlinge, überwiegend durch Genickschuss, ermordet.

Der Überfall Nazideutschlands auf die Sowjetunion veränderte die Lage. Mit allen Mitteln wurde versucht, das Geschehene nicht ruchbar werden zu lassen, zumal man die Polen nunmehr als Verbündete im Kampf gegen Hitler brauchte. Stalin selbst empfing Abgesandte der polnischen Exilregierung, um ihnen Lügen über den Verbleib der polnischen Offiziere aufzutischen, deren wirkliches Schicksal zu dieser Zeit niemand auch nur zu ahnen vermochte. Im Februar 1943 entdeckte die deutsche Wehrmacht im Wald von Katyn die Massengräber. Die Nazis entfachten daraufhin eine weltweite Kampagne, die von ihren eigenen Verbrechen ablenken und antibolschewistische Bundesgenossen gewinnen sollte. Polens Regierung wies ihre Annäherungsversuche zurück und sprach „jedem das Recht ab, diese Opfer im politischen Spiel zu missbrauchen, der selbst für Verbrechen gegenüber dem Volk und dem Staat Polen verantwortlich ist“. Die Hitler-Propaganda legte das Massaker dem „jüdisch-bolschewistischen System“ zur Last.

Kaiser erinnert daran, wie die polnischen Juden in den Monaten des Hitler-Stalin-Paktes unter deutschem und sowjetischem, zusätzlich unter dem Antisemitismus polnischer Offiziere leiden mussten. Er zitiert aus Briefen jüdischer Offiziere an sowjetische Militärbehörden. Fast flehentlich baten sie darum, nicht an die Deutschen ausgeliefert, sondern in die Sowjetarmee aufgenommen zu werden, weil sie nur so eine Chance zum Überleben sahen. Sie wussten nicht, dass auch hier ihre Ermordung beschlossene Sache war. In Katyn zählten die Juden, wie Dokumente und Zahlen belegen, zu den Hauptopfern. Bei allen Erschossenen war die Religionszugehörigkeit auf den Erkennungsmarken ablesbar. Rund ein Viertel der Getöteten, fast alle Militärärzte, waren Juden. *Ralf Bachmann*

Gerd Kaiser: Katyn. Das Staatsverbrechen – das Staatsgeheimnis. Aufbau Taschenbuch Verlag Berlin 2002. ISBN 3-7466-8078-6. 476 Seiten. 12,00 Euro.

Bücherschau**Judenfeindschaften**

Einen Überblick zur historischen Entwicklung des Antisemitismus von der frühchristlichen Antike bis in die Gegenwart legt der renommierte Berliner Antisemitismusforscher Werner Bergmann mit seinem Buch „Geschichte des Antisemitismus“ vor. Er beginnt seine gelungene Darstellung mit Ausführungen zum Begriff des Antisemitismus und dessen problematischer Ausweitung. Danach geht er das Thema historisch-chronologisch an, mit der Herausbildung eines religiösen Antisemitismus in der Frühphase des Christentums über die Ära der Aufklärung bis zum Widerstand gegen die Judenemanzipation. Dem folgend widmet sich Bergmann der Entwicklung des Antisemitismus im Zeitalter des Nationalismus zwischen 1870 und 1918, der Radikalisierung in der Zwischenkriegszeit 1918 bis 1933, dem NS-Antisemitismus und Völkermord 1933 bis 1945 und der Entwicklung des Antisemitismus seit 1945. Dabei steht jeweils die Situation auf deutschem Boden im Zentrum der Aufmerksamkeit, Bergmann geht aber auch immer wieder vergleichend auf andere europäische Länder wie Frankreich oder Russland ein.

Der durch eine Reihe von Aufsätzen und Büchern als Kenner der Materie ausgewiesene Autor legt auch mit dem schmalen Bändchen eine differenzierte und kenntnisreiche Darstellung zur Geschichte des Antisemitismus vor. Zwar konzentriert er sich auf eine Beschreibung der historischen Entwicklung, integriert in sie aber auch beachtenswerte analytische Deutungen. Dies gilt etwa für den Zusammenhang von demokratischem Fortschritt allgemeiner Art und dem Erfolg der Judenemanzipation als Teilsegment von gesellschaftlicher Dynamik (vgl. S. 37), für die Hervorhebung der neuen Qualität des Antisemitismus zu Beginn der Kaiserzeit hinsichtlich der politischen Organisationen (vgl. S. 39) oder 1933 bei der Erhebung zur Staatsideologie (vgl. S. 103). Bedauerlich ist allerdings, dass Bergmann die unterschiedlichen Artikulationsformen von Antisemitismus nicht systematisch darstellt und unterscheidet. Auch hätte man sich noch ein Kapitel mit Ausführungen zu wissenschaftlichen Erklärungsansätzen für das Aufkommen der Abneigung gegen die Juden gewünscht.

Armin Pfahl-Traugher

Werner Bergmann, Geschichte des Antisemitismus, München 2002 (C. H. Beck Verlag), 143 S., 7,90 Euro.

Aktivitäten**Rechts-Vertreter****Ein Anwalt für die neonazistische Szene**

Derzeit steht Günther Herzogenrath-Amelung dem 28-jährigen Thomas Sattelberg, einem der Führungsköpfe der Skinheads Sächsische Schweiz (SSS), einer Art Vorfeldorganisation der NPD, juristisch vor dem Dresdner Landgericht zur Seite. Der Anwalt aus Regensburg ist neben Jürgen Rieger und Gisa Pahl einer der prominentesten Rechtsvertreter, über den die rechtsextreme Szene verfügt.

Politisch schlägt das Herz des Juristen schon lange für die NPD. Beim 23. Bundesparteitag der NPD 1990 stand er auf der Vorschlagsliste für den Parteivorstand. Auf einer Rechtsschulung der Jungen Nationaldemokraten am 28. August 1997 hämmerte der Jurist den Teilnehmern ein, bei der Polizei „Niemals mehr zu sagen, als die Angaben zur Person“. Am 7. Februar 1998 zählte Herzogenrath-Amelung zum kleinen Kreis der Ehrengäste beim 1. Tag des Nationalen Widerstandes der NPD in Passau. Unterzeichnet wurde von ihm auch die von Horst Mahler initiierte Solidaritätserklärung „Ja zu Deutschland, ja zur NPD“. Bei einem Prozess vor dem Amtsgericht Coburg im Juni 1992 ließ Herzogenrath-Amelung Zweifel am Holocaust erkennen, da die Vielzahl der Überlebenden gegen „eine totale Ausrottung der Juden“ spreche.

Verteidigt wurden von Herzogenrath-Amelung, dessen Anschrift sich auch in der Adressenkartei der österreichischen Neonazi-Gruppe Volkstreue Außerparlamentarische Opposition findet, unter anderem der NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke, der österreichische Hitler-Bewunderer Gerd Honsik, die Neonazis Reiner Mehr und Michael Swierczek, die Holocaust-Leugner Erhard Kemper und Germar Rudolf, der ihm namentlich in seinem „Rudolf-Gutachten“ für die Unterstützung bei juristischen Fragen dankt, und Anton Pfahler, ehemals Mitglied der rechtsterroristischen Wehrsportgruppe Hoffmann.

Enge Kontakte pflegte Herzogenrath-Amelung auch zur 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF). Dem NF-Anführer Meinolf Schönborn stellte er für juristische Beratung am 27. August 1990 eine Rechnung in Höhe von 262,20 DM, die am Folgetag vom NF-Kassenwart Helmut Braun als Spende für die Organisation verbucht wurde. *Anton Maegerle*

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 52. Jg., Heft 7-8/2002: Schwerpunkte des Heftes sind der Antisemitismus (Titel: Deutsche und Juden. Wer hat das Sagen?) und die Zuwanderung. Letzteres ist Thema des Editorials, in dem der angebliche Umfall der EU bei der Abwehr der „ungesteuerten Massenimmigration“ beklagt wird. Abhilfe erwartet man von Ronald B. Schill, der sich aber zu spät zum Wahltritt entschieden habe (bedingt angeblich durch die Sozialdemokratisierung Edmund Stoibers). Werner Baumann versucht, Argumentationshilfe über das Judentum zu geben (handelt es sich „um Rasse, um Volk, um Religionsgemeinschaft“), nimmt davon aber doch wieder Abstand und beschränkt sich auf bekannte Stereotypen, „weil es aber so schwer ist, das Judentum auf einen Nenner zu bringen“. So wisse „jeder erwachsene Mensch, wie die Gewichte im deutsch-jüdischen Verhältnis verteilt sind“ und der Antisemitismus komme ja von den Juden selbst (so „ nähert man sich dem Tabu aller Tabus“). Rüdiger Blank widmet sich dem „personalisierte(n) Tabu“ Marcel Reich-Ranicki und klärt über dessen Herkunft auf. Ranickis Rolle im Warschauer Ghetto und dem von Deutschen besetzten Polen wird zielgerichtet ins Dunkel der Unredlichkeit gerückt. Das Urteil im Berufungsverfahren gegen den REP-Funktionär Hermann Reichertz, der Michel Friedman als „Zigeunerjuden“ diffamiert hatte, wird im Bericht unter reichlich Werbung für dessen Verteidiger als Angriff auf die Meinungsfreiheit bewertet. Franz Schönhuber gelingt bei seinem Dauerthema, wie er die extreme Rechte hoch bringt, ein bemerkenswerter Rückgriff auf die deutsche Geschichte, wenn er ausführt: „So schrieb Joseph Goebbels am 16.12.1931: ‘Der Idee der NSDAP entsprechend sind wir die deutsche Linke. Nichts ist uns verhasster als der rechts stehende deutsche Bürgerblock.’ Auch wenn wir deutschen Patrioten uns in keiner Weise ideologisch dem Nationalsozialismus zugehörig fühlen und unter anderem dessen rassistische Programmatik strikt ablehnen, so bleibt doch unser Hauptgegner der gleiche wie jener von damals.“ Zum Thema Zuwanderung präsentiert man den (erz)konservativen US-Politiker Patrick Buchanan mit einem makabren Interview. Als vorbildlich für die deutsche Diskussion über Zuwanderung wird die Chefin der populistischen dänischen Volkspartei Pia Kjaersgaard ins Feld geführt („Vorbild Dänemark“). (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 30-34/2002: Schuld an der Krise des Sozialstaats tragen nach Ansicht von Michael Wiesberg die etablierten Parteien, da die „über „Millionen von Zuwanderern das Füllhorn von sozialstaatlichen Leistungen entleert“ hätten. Jörg Fischer befürchtet, dass die Versprechungen der Union, im Falle eines Wahlsieges Regelungen des Zuwanderungsgesetzes zu ändern, „eine Wahlkampfluftblase“ blieben. Auch JF-Gastautor Hans-Peter Uhl fordert eine Änderung des Ausländergesetzes zum Schutz vor „krimineller Zuwanderung“, sonst drohten „politischer Extremismus mit Staatsverdrossenheit und Ausländerfeindlichkeit“, warnt der CSU-Bundestagsabgeordnete. Klaus Motschmann kritisiert den Unionskanzler-Kandidaten Edmund Stoiber, der nicht „auf das ‘Lebensgefühl’ konservativer Menschen Rücksicht“ nehme. Durch immer „neue Kniefälle vor den Geßlerhüten des Zeitgeistes“ gehe es „nun an die Substanz der eigenen Wertvorstellungen“. Wiesberg geißelt das „vom Parteienproporz völlig entstellte Bundesverfassungsgericht“, das den „rot-grünen Gesellschaftsingenieuren hilfreich zur Seite“ gesprungen sei. Die „Homo-Ehe“ sei „genauso wie die multiethnische Gesellschaft ... Teil eines rot-grünen Menschenexperiments“, beklagt der JF-Autor. Die jetzt den „deutschen Weg proklamierten“, seien dieselben, die „fortgesetzt und gravierend gegen deutsche Interessen verstießen“, resümiert Klaus Hornung. Dazu zählt der Präsident des Studienzentrums Weikersheim „... Einwanderungshätschelung ... Volksverhetzung mit dem Aufruf zum ‘Aufstand der Anständigen’“. Hoffnungen setzt man bei der JF eher auf die Schill-Partei, die „rechts von der Mitte“ mit dem Kernthema „Innere Sicherheit und die Zuwanderungsfrage“ den Wahlkampf führe. Großflächig darf die Schill-Partei denn auch bei der JF-Leserschaft um Unterstützung bei den Bundestagswahlen werben. Mit Sympathie verfolgen Frank Philip und Jörg Fischer die Gespräche zwischen Jörg Haider und dem belgischen Vlaams Blok im Hinblick auf eine gemeinsame Fraktion im zukünftigen Europäischen Parlament – die deutsche Rechte sieht man allerdings vorerst nicht dabei. Dass künftig Estland – „angesichts des US-Drucks“ – einen Holocaust-Gedenktag begehen werde, prangert Gustaf Domberg an. Estnische Waffen-SSler hätten – angeblich – keine Gräueltaten begangen, sondern „ehrenhaft für ihr Volk und Land gekämpft“, behauptet er. Werben dürfen in der JF die antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“, das neurechte „Junge Forum“, der rechtsextreme „Verlag und Agentur Werner Symanek“ wie auch die Republikaner. (gn)

Meldungen**Inland**

■ **Bergheim** – Die Kölner Kriminalpolizei hat bei der Durchsuchung der Wohnung des 19-jährigen Axel Reitz in Bergheim bei Köln NS-Propagandamaterial sichergestellt, das auf eine direkte Beteiligung an der Internet-Homepage der NSDAP/AO schließen lässt. Angaben der Tageszeitung „Kölnische Rundschau“ zufolge fanden die Ermittler unter anderem Textvorlagen sowie ein Originalfoto, die exakt mit Inhalten der NSDAP/AO-Homepage übereinstimmen. Außerdem stellten sie drei Hakenkreuzfahnen und 1000 Rudolf-Heß-Aufkleber sicher. Reitz gilt als „fanatischer Anhänger nationalsozialistischen Gedankengutes“ (Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen) und ist Anführer der „Kameradschaft Walter Spangenberg“, die weitgehend personenidentisch ist mit dem „Gau Rheinland“ des „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“ (KDS).

■ **Berlin** – Neonazis aus Halle und Berlin waren bei der Einweihung der irakischen Botschaft in Berlin vor Ort. Eigenbekunden zufolge wurden sie von einer befreundeten Organisation eingeladen, welche den Kontakt vermittelt hatte. Vom irakischen Botschafter und dessen Gemahlin sollen sie gar per Handschlag begrüßt worden sein. Nach Angaben des neonazistischen „Nationalen Beobachters“ in Halle waren die irakischen Gastgeber gerührt, „dass deutsche Menschen ihre Sympathie mit diesem von der Weltmacht USA geknechteten und verfolgten Volk bekundeten.“ Der „Nationale Beobachter“ appelliert deshalb an die Kameraden, „mehr Kontakt zu Ländern und Menschen in der Welt zu suchen, die wie wir um ihre Selbständigkeit als Nation kämpfen.“

■ **Berlin** – Das auf NS-Literatur spezialisierte „Privatarchiv Rückert“ mit Postfachadresse in Berlin kann neuerdings über das Internet kontaktiert werden. Hinter dem „Privatarchiv“, das die „wohl größte Bücherei mit nationalsozialistischen Themen und Originalschriften in Deutschland“ aufgebaut haben will, steht eine „private Interessengemeinschaft“, die seit 1971 den Ausbau dieser NS-Bibliothek betreibt. Stolz wird nun mitgeteilt, dass das „fast alle Bereiche des nationalsozialistischen Alltags und Parteigeschehens umfassende Material“ bereits „zur Ergänzung von Ausstellungen wie auch als Grundlage für Doktorarbeiten“ benutzt wurde. Als Kopf

der NS-Bibliothek gilt Hans-Jörg Rückert (Jg. 1955), früher Kassenführer der illegalen NSDAP/AO-Berlin und später Schatzmeister der Berliner Kulturgemeinschaft Preußen. Anzeigen dieses „Privatarchivs“ wurden in den vergangenen Jahren auch in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ veröffentlicht.

■ **Berlin** – Wieder belebt wurde die Liberale Gesellschaft e.V., die zuletzt Mitte der 90er Jahre tätig war. Vorsitzender des Berliner Vereins, der „aktive politische Erwachsenenbildung“ betreiben und Podiumsdiskussionen veranstalten will, ist der Rechtsanwalt Markus Roscher (CDU, ehemals Bundesvize des Bund Freier Bürger), der politisch eng mit Heinrich Lummer und Alexander von Stahl verbunden ist. Schatzmeister der Liberalen Gesellschaft ist der ehemalige Berliner BFB-Landesvorsitzende Thorsten Witt, der 1999 eine Demonstration gegen das in Planung befindliche Holocaust-Denkmal organisierte. Als Schriftführer amtiert Dietmar-Dominik Hennig (FDP), Autor in „Zur Zeit“ und „Aula“. Hennig war einst Mitglied der Republikaner und zeitweilig Regionalsprecher der Deutschland-Bewegung. Die extrem rechte österreichische Monatszeitschrift „Aula“ wünschte in ihrer Juni-Ausgabe der Liberalen Gesellschaft bei ihrer Arbeit „viel Glück und Erfolg. Das freiheitliche Lager in Deutschland benötigt dringend neue intellektuelle und politische Impulse, um sich für das Ringen gegen Sozialdemokratisierung“ wappnen zu können. Autor des Artikels ist der NPD-Kader Thorsten Thomsen.

■ **Birkenfeld** – In Birkenfeld bei Pforzheim (Baden-Württemberg) hat am 10. August ein Konzert der Bremer Hooligan-Band „Kategorie C“ (KC) stattgefunden. Die Veranstaltung, bei der gegen 200 Teilnehmer anwesend waren, wurde im Klubhaus der Pforzheimer Sektion des Motorradclubs Gremium, der auch als Veranstalter in Erscheinung trat, durchgeführt. Einzelnen Sektionen des MC Gremium werden immer wieder Kontakte ins rechtsextreme Spektrum nachgesagt. KC spielte unter anderem am 31. März auf der Party der Neonazi-Hooligan-Truppe „Borussenfront“ um Siegfried Borchardt auf.

■ **Hamburg** – Die rechtsextremen Deutschen Konservativen wollen offenbar wieder als Wahlhelfer für die Union tätig sein. Heinrich Lummer offeriert eine neue kostenlose Broschüre, die „den Wahlkampf der SPD noch schwerer macht“. Ins Visier nimmt Lummer dieses Mal den SPD-Generalsekretär Franz

Müntefering, der von ihm „demaskiert“ werden soll. Was Lummer enthüllen will, suggeriert bereits der Titel seines Machwerks: „Müntefering – Die Spenden – Der Skandal – Der ‘SPD-General’“. Geworben wird für die Lummersche Neuschöpfung unter anderem mit einer Anzeige in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Erhältlich ist das Pamphlet über die Adresse der Deutschen Konservativen in Hamburg. Die kürzlich wieder gegründete Nachwuchsorganisation des Vereins, die Konservative Jugend Deutschlands, will eine „Aktion gegen die neuen Milliardäre SPD, DGB und PDS“ starten. „Schonungslos“ sollen die „unglaublichen Finanzen“ der Parteien und des gewerkschaftlichen Dachverbands „offengelegt“ werden. Vorsitzender der Konservativen Jugend Deutschlands ist der 22-jährige Marine-Soldat und künftige Informatik-Student Stephan Happe.

■ **Königsutter** – Am 3. August fand wieder einmal das jährliche Pressefest der „Deutschen Stimme“ statt. Neben dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt gaben die Gäste David Duke (USA) und Nick Griffin (Großbritannien) Reden zum Besten. Der musikalische Rahmen wurde, wie fast immer, durch Frank Rennie, Jörg Hähnel und Lars Hellmich, diesmal ergänzt durch die Bands „Sleipnir“ und „Spreegeschwader“, bestritten. Begrüßt wurden auch „befreundete Gruppen“, wie zum Beispiel die Nürnberger Bürgerinitiative Ausländerstopp. Bemerkenswert war einzig eine Podiumsveranstaltung zum Thema „Spitzel – Spalter – Provokateure“, an der neben anderen der seit langem nicht öffentlich in Erscheinung getretene ehemalige Vorsitzende der Nationalistischen Front (NF), Meinolf Schönborn, teilnahm.

■ **Neumünster** – Aus Anlass des 6-jährigen Bestehens der Neonazi-Treffpunkts „Club 88“ im schleswig-holsteinischen Neumünster soll dort am 28. September eine große Feier steigen. Der „Club 88“, ein „Treffpunkt der nationalen Jugend“, wie ihn das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ bezeichnet, nahm am 2. Tag des nationalen Widerstandes am 27. Mai 2000 in Passau mit einem eigenen Informationsstand teil. Betreiberin des „Club 88“ ist Christine Dolscheid. Die Geburt von ihrer Tochter war im Frühjahr in den HNG-Nachrichten bekannt gegeben worden.

■ **Riesa** – Im NPD-nahen Deutsche Stimme-Verlag (Riesa) ist ein 400 Seiten umfassender Jubelband über den 1997 in Spanien verstorbenen Justizflüchtling Otto Ernst Remer erschienen. Remer,

der als Kommandant des Wachregiments Großdeutschland den Aufstand gegen Hitler am 20. Juli 1944 blutig niederschlug, später zum Chefideologen der Sozialistischen Reichspartei (SRP) avancierte und bis zuletzt als notorischer Holocaust-Leugner zugange war, gilt heute noch in Alt- und Neonazi-Kreisen als verehrungswürdige NS-Gralsgestalt. Autor des Buches ist Ralf Tegethoff aus Bad Honnef, ehemals Aktivist der 1995 verbotenen FAP und Redner bei Demonstrationen von NPD und Freien Nationalisten. Für seine Remer-Biographie hatte Tegethoff ehemalige SS-Angehörige in der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“, für die er als Autor tätig ist, gesucht. Angaben des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zufolge hat Tegethoff eine „Vorliebe für militärische Verhaltensmuster“. So organisiert er auch „Geländespiele“ in Rheinland-Pfalz.

■ **Stuttgart** – In Baden-Württemberg sind den Behörden zurzeit Aktivitäten der Skinheadbands „Aufbruch“, „Kampfgeist“, „Keltensturm“, „Noie Werte“, „Propaganda“, „Race War“, „Schutt & Asche“, „Siegnum“, „White Voice“ und „Ultima Ratio“ bekannt. Bei einzelnen dieser Skinbands wurden Aktivitäten im Umfeld der NPD und den Jungen Nationaldemokraten festgestellt. In der Stellungnahme des baden-württembergischen Innenministeriums vom 24. Juli auf eine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Braun wird noch darauf hingewiesen, dass die Teilnehmerzahl bei Skinheadkonzerten im Jahr 2001 in der Regel bei durchschnittlich 130 Personen gelegen habe.

■ **Sulzbach** – Der 19-jährige Türke Ahmed S. wurde am Rande eines Dorffestes in dem saarländischen Ort Sulzbach bei Saarbrücken bei einer Messerstecherei erstochen. Das Motiv: vermutlich Ausländerhass. Die beiden Tatverdächtigen im Alter von 19 und 25 Jahren gehören zu einer etwa 15-köpfigen Skin-Gruppe, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird. In der Wohnung des 25-jährigen mutmaßlichen Haupttäters Carlo N., der der Polizei schon vor Jahren bei einem Konzert aufgefallen war, wurde eine Hakenkreuzfahne gefunden. Auch bei einer Schlägerei im vergangenen Jahr habe es einen politischen Bezug gegeben. Sein 19-jähriger Begleiter ist wegen einer ausländerfeindlich motivierten Straftat vorbestraft. Gegen die beiden Tatverdächtigen wurde Haftbefehl wegen Totschlags erlassen.

■ **Wielenbach** – Der rechtsextreme Bund für Gott-erkenntnis (Ludendorff) e.V. veranstaltet vom 30.

August bis 1. September seine diesjährige Herbsttagung im Raum Oberweser. Auf dem Programm stehen Themenfelder wie „Vom Überlebenskampf der deutschen Volksseele im 20. Jahrhundert“ oder „Das Freiheitssehnen der deutschen Frau“. Anmeldungen nimmt – wie auch in den vergangenen Jahren – Maria Schwägerl aus dem bayrischen Wienlbach entgegen. In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Mensch und Maß“, dem Organ der Ludendorffer, wird dem völkischen Dichter Felix Dahn (1834 – 1912) gehuldigt. Autor des Beitrages ist der langjährige Ludendorff-Anhänger Gundolf Fuchs. Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge wird in „Mensch und Maß“ das „antiparlamentarisch, rassistisch und antisemitisch geprägte Gedankengut der Matthilde Ludendorff verbreitet.“

■ **Wunsiedel** – Am Samstag, den 17. August fanden sich rund 2500 Neonazis in Wunsiedel ein, um an der Gedenkveranstaltung für des Führers Stellvertreter Rudolf Heß teilzunehmen. Redner waren neben anderen die bekannten rechtsextremen Akteure Jürgen Rieger und Thomas Wulf. Ein Grußwort sandte auch der NPD-Bundesvize Holger Apfel. Vorausgegangen war dem braunen Spektakel, das wie im vergangenen Jahr von dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger angemeldet worden war, das bekannte juristische Tauziehen. Das Landratsamt und das Bayreuther Verwaltungsgericht hatten die Versammlung verboten, der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hob diese Entscheidung wie im Jahr 2001 wieder auf. Die „Versammlungsleitung Wunsiedel 2002“ hatte im Vorfeld in einer Meldung alle „nationalen Kräfte aus dem mitteldeutschen Raum“ dazu aufgefordert, nicht an der Veranstaltung in Wunsiedel teilzunehmen, sondern stattdessen in den von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Gebieten „Schutz- und Aufräumarbeiten“ zu leisten. Denn: „Rudolf Heß ehren heißt in erster Linie: Nationale Solidarität üben!“ Informiert wurde darüber, dass der Heimatschutz Chemnitz e.V bereits an solchen Einsätzen mitgewirkt habe. In Meißen sei der Einsatz von „Kameraden“ an der „Heimatschutzfront“ positiv von der örtlichen Polizei erwähnt worden, teilen die Neonazis mit.

Ausland

■ **Österreich (Wien)** – Bei mehreren Razzien gegen eine „SS-Kampfgemeinschaft Prinz Eugen“ wurden Mitte August „kiloweise Nazimaterial“ und ein umfangreiches Waffenarsenal mit Munition und fast 100 Schusswaffen, darunter Maschinengeweh-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861
Heft 17/2002 Abo 401917

9

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10

10999 BERLIN

re, beschlagnahmt. Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums wurden drei Rechtsextremisten verhaftet, gegen mindestens ein Dutzend weitere Verdächtige wird ermittelt. Die Verhafteten, darunter ein ehemaliger Aktivist der verbotenen VAPO, sollen der „Döblinger Initiative für Autofahrerrechte“ (DIAR) angehören. Mitbegründet wurde die DIAR von dem militanten Rechtsextremisten Georg Gasser, der im Frühsommer verstorben ist. Der frühere Aktivist der verbotenen Aktion Neue Rechte wirkte bei der rechtsextremen Splittergruppe Nationalkonservative Union (NAKU) und der „Europa-Burschenschaft Tafelrunde zu Wien“.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.